



Herrn  
Hans-Christian Ströbele  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

**Brigitte Zypries MdB**  
Parlamentarische Staatssekretärin  
Kordinatorin der Bundesregierung  
für die Luft- und Raumfahrt

HAUSANSCHRIFT Scharnhorststraße 34-37, 10115 Berlin  
POSTANSCHRIFT 11019 Berlin

TEL +49 30 18615 6950

FAX +49 30 18615 5242

E-MAIL buero-pst-z@bmwi.bund.de

DATUM Berlin, 11. Juli 2016

**Schriftliche Fragen an die Bundesregierung im Monat Juni 2016**  
**Frage Nr. 290**

Sehr geehrter Herr Kollege, *liebes Herr Ströbele,*

namens der Bundesregierung beantworte ich die Frage wie folgt:

**Frage:**

**Wie wird die Bundesregierung – etwa im Bundessicherheitsrat – bei ihrer gemäß Urteil des Verwaltungsgerichts Frankfurt/M. vom 23. Juni 2016 (Az.: 5 K 3718/15.F) anstehenden Bescheidung von Heckler + Kochs Antrag vom 1. Dezember 2013, Gewehr-Teile des G36 für über 0,5 Millionen Euro nach Saudi-Arabien zu exportieren (vgl. SPON 23. Juni 2016), nach ihren „Politischen Grundsätzen“ für solche Rüstungsexporte negativ zu würdigen, dass entgegen deren Ziffer IV.4 das Unternehmen bei früheren Exporten von G36 etwa nach Mexiko, Georgien oder Ägypten/Libyen zusammen mit dortigen Stellen den nötigen Endverbleib mehrfach nicht sicherstellte bzw. gezielt damit umging (vgl. nur ZEIT-online 3. Februar 2014), ferner dass Saudi-Arabien gemäß BND-Analysen den Terrorismus förderte (Nr. III.7), kürzlich in Bahrain militärisch intervenierte (Nr. III.5) sowie Menschenrechte auch daheim fortdauernd verletzt (Nr. III.4), und wie wird die Bundesregierung entsprechend über die weiteren beantragten Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien entscheiden (z. B. 48 Patrouillenboote, 750 Schulterwaffen, 100 ungepanzerte Sattelschlepper, Berge- und Pionierpanzer, geschützte „Boxer“, Munition, Granaten: SPON aaO.)?**

**Antwort:**

Die Bundesregierung verfolgt eine restriktive Rüstungsexportpolitik. Entscheidungen werden jeweils im Einzelfall getroffen. Dabei werden alle Aspekte des jeweiligen Falls berücksichtigt, gewichtet und abgewogen. Grundlage sind u. a. die Politischen Grundsätze der Bundesregierung aus 2000 und der Gemeinsame Standpunkt der EU aus 2008. Der Beachtung der Menschenrechte wird bei Rüstungsexportentscheidungen ein besonderes Gewicht beigemessen. Auch die gewonnene Informationslage zur Zuverlässigkeit eines Unternehmens wird bei den jeweiligen Einzelfallentscheidungen entsprechend berücksichtigt.

Die Bundesregierung folgt dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG, 2 BvE 5/11 vom 21.10.2014) und unterrichtet den Deutschen Bundestag über abschließende Genehmigungsentscheidungen des Bundessicherheitsrates.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'Nol Bijlme Zyprie'.